

Rotenburger Erklärung zur künftigen Strukturpolitik in Niedersachsen

Die 73. Landkreisversammlung des Niedersächsischen Landkreistages am 11./12. April 2013 in Visselhövede, Landkreis Rotenburg (Wümme), hat folgende Erklärung zur zukünftigen Strukturpolitik in Niedersachsen beschlossen:

I. Integrierte Strukturpolitik ist der richtige Weg

Der NLT begrüßt, dass der Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2013 - 2018 durch eine thematische Bündelung in der Staatskanzlei unter der Leitung einer dafür eingesetzten Staatssekretärin, die Ankündigung einer gemeinsamen, mit den Ressorts abgestimmten Strategie für den Einsatz der EU-Mittel sowie regionale, vom Kabinett beschlossene Förderkonzepte der Strukturpolitik große Bedeutung beimisst. Die angekündigten Maßnahmen sind **Kernelemente einer integrierten Struktur- und Regionalpolitik**, wie sie vom NLT schon lange gefordert wird. Der NLT wird diesen Schwerpunkt der Politik der Landesregierung für die regionale Entwicklung nach Kräften unterstützen, wenn die Belange der kommunalen Ebene bei der Aufstellung und Entscheidung über die regionalen Förderkonzepte angemessen berücksichtigt werden.

II. Landesaufgaben auf Kommunalisierung prüfen, Landesbeauftragte regional anbinden

Der Koalitionsvertrag sieht die Einsetzung von vier Landesbeauftragten in Hildesheim, Braunschweig, Oldenburg und Lüneburg für die Initiierung, Bündelung und Umsetzung der regionalen Förderprojekte vor. Sie sollen gemeinsam mit den Kommunen und lokalen Akteuren regionale Entwicklungskonzepte über Grenzen der Gebietskörperschaften hinaus erarbeiten. Wenn dieser Weg beschritten werden soll, muss er konsequent gegangen werden:

- Mit den Landesbeauftragten soll keine zusätzliche Verwaltungsebene geschaffen werden. Überlegungen zur künftigen **Struktur der Landesverwaltung** müssen entweder konsequent die Zweistufigkeit umsetzen oder eine radikale Abkehr von den Landesämtern unter Rückkehr zu einer Bündelungsbehörde für die Landesaufgaben vorsehen. Zu Beginn der von der Landesregierung angekündigten Aufgabenkritik und vor der Berufung der Landesbeauftragten müssen alle derzeit noch von den Landesämtern und anderen staatlichen Behörden in der Fläche

wahrgenommenen Aufgaben mit dem **Ziel einer Kommunalisierung** geprüft werden.

- Der NLT schlägt der neuen Landesregierung in Anlehnung an die bereits bestehenden "Koordinierungsausschüsse Ländliche Entwicklung" die **Einrichtung von vier regionalen Steuerungsausschüssen zur Koordination der (EU-)Förderpolitik** vor, um den regelmäßigen Dialog zwischen den Landesbeauftragten und der Kreisebene zu institutionalisieren. Diese regionale Anbindung der Landesbeauftragten würde das gemeinsame Bemühen von Landkreisen/Region Hannover um einen effizienten Fördermitteleinsatz unterstreichen und dürfte entscheidend für den Erfolg und die Akzeptanz der regionalen Förderkonzepte sein.

III. Demografischen Wandel mit Strukturpolitik kraftvoll anpacken

- Positiv bewertet der NLT den Ansatz der Koalitionsparteien, dem demografischen Wandel und den strukturellen Defiziten in einigen Landesteilen **mit integrierten Strategien zur ländlichen Entwicklung** zu begegnen. Dazu soll der ELER-Nachfolgefonds vollumfänglich für den ländlichen Raum eingesetzt werden. Diese Ankündigung begrüßen wir ausdrücklich. Der NLT hatte bereits in den Grafschafter Thesen die Forderung erhoben, zum Beispiel die Fördermittel der Zweiten Säule des ELER stärker als bisher auch in Niedersachsen für eine **umfassend verstandene allgemeine ländliche Entwicklung** einzusetzen.
- Wir begrüßen die Ankündigung, für die besonders vom **demografischen Wandel** betroffenen Regionen neue Gestaltungsperspektiven zu eröffnen. Die Bewältigung des demografischen Wandels und die Verminderung bzw. Begrenzung des **Fachkräftemangels** in Niedersachsen ist in allen Landesteilen eine der größten Herausforderungen in den nächsten Jahren. Dieser Aspekt muss bei der Er- und Überarbeitung aller Förderprogramme von Bund und Land - von der Bildung bis zum ÖPNV - sowie insbesondere auch bei der Aufstellung der operationellen Programme für die neue EU-Förderperiode in Niedersachsen berücksichtigt werden. Das Land muss mit zusätzlichen Fördermitteln einer **Ausgrenzung einzelner Regionen** gezielt entgegenwirken.

IV. Weichen für die EU-Förderung jetzt richtig stellen

- In den nächsten Monaten werden die Weichen für die EU-Förderung bis 2020 sowohl auf europäischer und Bundesebene als auch in Niedersachsen endgültig gestellt. Der NLT bekräftigt seine in den Grafschafter Thesen des NLT im letzten Jahr beschlossenen und im Positionspapier zur neuen EU-Förderperiode vertieften Forderungen zur kommunalfreundlichen Ausgestaltung der nächsten EU-Förderperiode. Wir begrüßen ausdrücklich, dass **die Regionalisierten Teilbud-**

gets im Koalitionsvertrag für die 17. Wahlperiode erhalten und gestärkt werden und erwarten mit diesem Instrument **eigenverantwortliche und mit ausreichenden Fördermitteln unterlegte Gestaltungsspielräume** der Landkreise/Region Hannover im Bereich der Wirtschaftsförderung vor Ort. Auch im Hinblick auf eine für die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes wichtige **niederschwellige Innovationsförderung** müssen lokale Entscheidungskompetenzen ausgebaut und eine Fokussierung auf eine einseitige Industriepolitik vermieden werden.

V. Infrastruktur ist unverzichtbar im ländlichen Raum

- Unverzichtbar für den ländlichen Raum in den Landkreisen und der Region Hannover ist ein gutes Infrastrukturangebot. Wir begrüßen den vorgesehenen **Breitbandausbau** mit dem Ziel einer flächendeckenden Grundversorgung mit schnellen Internetverbindungen und seiner Absicherung durch eine Universaldienstverpflichtung. Dies ist eine seit langem erhobene Forderung der Landkreise und der Region Hannover. Allerdings wird der dafür vorgesehene gezielte Einsatz von EU-Mitteln für eine flächendeckende Versorgung nicht ausreichen. Daher müssen möglichst umgehend zusätzliche Landesmittel bereitgestellt werden.
- Auch die Frage der **ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum** wird angesichts einer erfreulicherweise immer länger lebenden Bevölkerung ein wichtiger strukturpolitischer Faktor. Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass die Kommunen vor Ort ihre Sorgen und Nöte aufgreifen. Daher fordern wir eine **frühzeitige Beteiligung der kommunalen Ebene** an den entsprechenden Bedarfsplanungen.
- Die angekündigte deutliche **Schwerpunktverlagerung in der Verkehrspolitik** von der Straße zu anderen Verkehrsmitteln darf nicht zu Lasten des ländlichen Raumes gehen. Es ist zu befürchten, dass sich der Neu- und Ausbau von Verkehrsinfrastruktur künftig in erster Linie auf die Beseitigung von Engpässen in den Räumen mit besonders hohem Verkehrsaufkommen konzentrieren wird. Eine **gleichmäßige Erschließung der Fläche** ist aber eine wesentliche Voraussetzung dafür, die (wirtschaftlichen) Potenziale aller Regionen zu aktivieren und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Niedersachsen zu verwirklichen.